



**Protokoll der 28. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 23. Februar 2022, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Claudio Bernold

Namensaufruf: 36 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Roman Fischer, Gemeinderat Romeo Küng, Gemeinderätin Renate Luginbühl, Gemeinderat Christian Mader

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

Gemeinderatssekretär: Giuseppe D'Alelio

Traktanden

- 140 Mitteilungen
- 141 Protokoll der Sitzung vom 19. Januar 2022
- 142 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen für den Rest der Legislatur 2019 - 2023 (Nachfolge Lorenz Weber, Fraktion CH/GP/GLP)
- 143 Ersatzwahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission für den Rest der Legislatur 2019 - 2023 (Nachfolge Gina Rüetschi, Fraktion CH/GP/GLP)
- 144 Teilrevision des Reglements über die Kulturförderung und den Kulturfonds
Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung
- 145 Botschaft Nr. 30 «Auflösung des Zweckverbands ARA Ellikon an der Thur und Anschluss an die Interkommunale Anstalt ARA Thurtal»
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 146 Botschaft Nr. 31 «Rahmenkredit Aufwertung Strassenräume Innenstadt von 11,3 Mio. Franken / Grundsatzfrage 'Altstadt autofrei?」»
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich freue mich ausserordentlich, Sie wieder ohne Maske im Gemeinderat begrüßen zu dürfen – wobei Maske tragen ist in den kommenden Tagen ja angesagt. Morgen wird dieses ehrenwerte Haus von Narren übernommen, aber wirklich erst morgen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Heute Abend verzichten wir auf ein närrisches Treiben im Rathaus. So sollte heute bei den Voten der anwesenden Kolleginnen und Kollegen nicht laut gelacht werden, ein feines Schmunzeln sei Ihnen aber gestattet. Nicht, dass wir morgen in der Zeitung lesen, die fünfte und für viele die schönste Jahreszeit wurde im Gemeinderat einen Tag zu früh gestartet. In diesem Sinn wünsche ich Ihnen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, frohes Debattieren, und Ihnen, geschätztes Publikum, eine spannende Sitzung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie und auch im Rat das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind. Für die heutige Sitzung hat das Ratsbüro Donato Caspari von Der Thurgauer Zeitung das Fotografieren erlaubt. Ich bitte nun den Ratssekretär Giuseppe D’Alelio durch Namensaufruf den Appell durchzuführen.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP): Geschätzter Gemeinderatspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat, ich falle dem Herrn Präsidenten nicht gern ins Wort, aber heute ist ein kreatives Element von uns gefragt. Claudio Bernold hat nämlich heute Geburtstag und da lade ich euch doch ein, zusammen einen Chor zu bilden und «Happy Birthday» zu singen. [Der Rat singt]. Jetzt können wir selber entscheiden, ob wir ihm mit einer kurzen oder langen Sitzung ein besseres Geburtstagsgeschenk machen. [Applaus].

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Vielen Dank. Ich bin ungern sprachlos, aber vielen Dank.

Nach erfolgtem Namensaufruf stelle ich fest, dass 36 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19.

Durch die Abwesenheit von Gemeinderätin Renate Luginbühl ist die Wahl eines Stimmenzählers oder einer Stimmenzählerin für die heutige Sitzung notwendig.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Wir schlagen Ihnen Gemeinderat Beda Stähelin vor.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Vorgeschlagen ist Beda Stähelin. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, die Wahl offen durchzuführen. Sind sie damit einverstanden?

Abstimmung

Beda Stähelin wird einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimme als Stimmenzähler für die heutige Sitzung gewählt.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen. Stefan Geiges möchte im eigenen Namen eine persönliche Erklärung abgeben.

Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen: Die Antworten des Stadtrats auf meine einfache Anfrage sind zwar interessant. Aber sie beantworten meine Fragen nicht. Ich habe den Eindruck, dass es der Stadtrat einmal mehr es allen recht machen will – und dabei in erster Linie seinen eigenen Projekten, dem Markt Thurgau und dem Pavillon des Kulturvereins Kaff – und erst in zweiter Linie dem Holz-Kompetenz-Campus.

Zwar hat sich die Stadt sowohl im Grossen Rat wie auch lokal für einen Hochschulstandort ausgesprochen. Auch direkt bei der Vorstellung des Holz-Kompetenz-Campus. Und jetzt begründet unser Stadtrat die Bevorzugung des Kaff-Pavillons damit, dass ein Hochschul-Campus ja sowieso nicht vor 2029 gebaut werden könne.

Mit dieser Aussage hat er nicht nur die Initiantin Lignum-Ost vor den Kopf gestossen, sondern auch den Kulturverein Kaff, der seinen Pavillon nur noch als Zwischennutzung des Unteren Mätteli verstehen darf. Nach ein paar Jahren würde er abgerissen und an einem neuen Standort wiederaufgebaut. Das tönt nicht gut.

Der Stadtrat unterschätzt meines Erachtens die Bedeutung des Holz-Campus auf dem Unteren Mätteli. Dem Stadtrat ist es offenbar nicht bewusst, dass es im Kanton noch andere Städte und Orte gibt, die an einem eidgenössischen Hochschulcampus Interesse haben könnten. Er unterschätzt vielleicht sogar, dass auch der Markt Thurgau auf dem Oberen Mätteli nicht definitiv gesetzt ist und in die WEGA-Stadt abwandern könnte, wo ein ähnliches Projekt vorgesehen ist.

Geschätzte Mitglieder der beiden Räte, ich bin enttäuscht und ratlos über die Art von Politik. Ausgerechnet der Stadtrat und die Fraktion, welche sich bis jetzt immer für einen Hochschulstandort eingesetzt haben, gefährdet nun einen solchen Standort. Es ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll, etwas aufzubauen, um drei oder vier Jahre später wieder abzureissen. Auch wenn es die Idee wäre, das Kaff später in der Kaserne einzupflanzen, so etwa wie in Bern oder Zürich. Hier spielen Sie mit dem Feuer, an welchem wir Frauenfelderinnen und Frauenfelder die Finger verbrennen können.

Ich komme zum Schluss. Der Stadtrat will seine eigene Agenda – den Markt Thurgau und den Kaff-Pavillon durchsetzen. Beim Holz-Campus überlässt die Stadt die Hauptverantwortung dem Kanton. Die Antwort der Exekutive auf einen einfachen Sachverhalt – drei Projekte an zwei Standorten – ist für mich enttäuschend. Hinzu kommt der teilweise beherrschende Ton des Stadtrats auf ein paar einfache Fragen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

140

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): An ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:

1. An Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf: Lachsfarbenedes Papier der Redaktionskommission zu Traktandum 5 «Teilrevision Reglement über die Kulturförderung und den Kulturfonds».
2. Abgelaufene Referendumsfristen: Die Referendumsfrist betreffend Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2022 (Botschaft Nr. 29) ist am 31. Januar 2022 ungenutzt verstrichen. Die Referendumsfrist betreffend Reglement über das Alterszentrum Park (Botschaft Nr. 27) ist am 31. Januar 2022 ungenutzt verstrichen.
3. Mit Beschluss Nr. 11 vom 8. Januar 2022 hat der Stadtrat anstelle von Gemeinderat Peter Hausammann für den Rest der Amtsdauer 2019 bis 2023 ab 1. April 2022 Klaudia Peyer als gewählt erklärt.

4. Mit Beschluss Nr. 14 vom 8. Januar 2022 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage «Stadtkaserne wie weiter - die Armee zieht aus und dann?» der Gemeinderäte Reto Brunschweiler, Renate Luginbühl, René Gubler, Beda Stähelin und Christian Mader beantwortet.
5. Mit Beschluss Nr. 17 vom 25. Januar 2022 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 32 «Teilrevision des Reglements über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrats (Umsetzung Unvereinbarkeit)» verabschiedet.
6. Mit Beschluss Nr. 32 vom 8. Februar 2022 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 33 «Ersatzbeschaffung von zwei Modulfahrzeugen: Kreditantrag für insgesamt 839'600 Franken (Bruttokredit)» verabschiedet.
7. Mit Beschluss Nr. 34 vom 8. Februar 2022 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage «KAFF-Pavillon, Holz-Kompetenzzentrum und 'Markt Thurgau': Zwei Standorte für drei Projekte» von Gemeinderat Stefan Geiges beantwortet.
8. Mit Beschluss Nr. 46 vom 15. Februar 2022 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 34 «Zusatzkredit von 650'000 Franken für den Neubau einer Tierkörpersammelstelle auf der Parzelle Nr. 61581 neben der Abwasserreinigungsanlage des Abwasserverbands Region Frauenfeld» verabschiedet.

141

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 19. JANUAR 2022

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Das Protokoll wurde am 28. Januar 2022 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Es sind bisher keine Änderungswünsche eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt und ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

142

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK GESELLSCHAFT, GESUNDHEIT UND FREIZEITANLAGEN FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 - 2023 (NACHFOLGE VON LORENZ WEBER, FRAKTION CH/GP/GLP)

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Mit seinem Schreiben vom 10. Januar 2022 teilte Gemeinderat Lorenz Weber seinen Rücktritt aus der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen per 31. Januar 2022 mit. Die Fraktion CH/GP/GLP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für ein Mitglied der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen für den Rest der Legislatur.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Wir schlagen Ihnen als Nachfolger von Lorenz Weber unsere Kollegin Gemeinderätin Annina Villiger Wirth vor. Sie hat in der Fachkommission des AZP bereits gewisse Erfahrungen sammeln dürfen und wir sind überzeugt, sie wird Lorenz vollwertig ersetzen. Besten Dank für eure Unterstützung.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Vorgesprochen ist Annina Villiger Wirth. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, die Wahl gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

Annina Villiger Wirth wird einstimmig als Mitglied der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen gewählt.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ich gratuliere Annina zur Wahl und wünsche ihr viel Freude bei der Kommissionsarbeit.

143

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER EINBÜRGERUNGSKOMMISSION FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 - 2023 (NACHFOLGE VON GINA RÜETSCHI, FRAKTION CH/GP/GLP)

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Mit ihrem Schreiben vom 2. Januar 2022 teilte Gina Rüetschi ihren Rücktritt aus der Einbürgerungskommission per 2. März 2022 mit. Die Fraktion CH/GP/GLP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für die Einbürgerungskommission für den Rest der Legislatur.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Wir möchten euch als Nachfolgerin von Gina Rüetschi Frau Angelika Wyss vorschlagen. Sie hat Jahrgang 1985, ist verheiratet, hat zwei Kinder. Ihr beruflicher Hintergrund ist Sozialpädagogin und sie arbeitet als Lehrperson mit Deutsch als Fremdsprache. Sie hat also einen direkten Bezug zum Thema der Kommission. Sie hat selbst einen längeren Auslandsaufenthalt in Brasilien absolviert und ist auch daher mit dem Thema verbunden. Sie wurde auf Vorschlag der GP in der Fraktion nominiert. Ich möchte mich für die kurzfristige Nomination entschuldigen. Leider musste sich die zuerst vorgesehene Kandidatin zurückziehen. Wir haben aber eine sehr gute Kandidatin. Besten Dank für die Unterstützung.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Vorgeschlagen ist Angelika Wyss. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, die Wahl gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements offen durchzuführen. Sind sie damit einverstanden?

Abstimmung

Angelika Wyss wird einstimmig als Mitglied der Einbürgerungskommission für den Rest der Legislatur gewählt.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Somit ist Angelika Wyss als neues Mitglied der Einbürgerungskommission für den Rest der Legislatur gewählt. Ich gratuliere Angelika Wyss und wünsche ihr viel Freude an der Arbeit in der Einbürgerungskommission.

144

TEILREVISION DES REGLEMENTS ÜBER DIE KULTURFÖRDERUNG UND DEN KULTURFONDS

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): An unserer Sitzung vom 19. Januar hat der Gemeinderat die Teilrevision des Reglements über die Kulturförderung und den Kulturfonds beraten. Anschliessend wurde es an die Redaktionskommission überwiesen. Diese hat es beraten und legt Ihnen das lachsfarbene Papier vor. Wir beraten die redaktionelle Fassung.

REDAKTIONELLE BERATUNG

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Redaktionskommission: Ich spreche im Namen der Redaktionskommission, welche sich am 7. Februar in einer eineinhalbstündigen Sitzung getroffen hat.

Die Teilrevision des Reglements hat uns veranlasst, das ganze Reglement aus dem Jahr 2011 unter die Lupe zu nehmen. Alle Änderungen sind im Reglement farblich markiert und daher leicht zu finden. Ich gehe im Folgenden nur auf eine Auswahl der vorgenommenen Anpassungen ein.

Eine erste grosse Änderung haben wir im Inhaltsverzeichnis vorgenommen, indem wir die Titel 1. – 4. unter römisch I (Kulturförderung) herausgenommen haben. Wir fanden es unschön, dass z.B. beim Titel «3. Städtische Sammlung» nur ein einziger Artikel folgte. Vor allem aber fanden wir es störend, dass die weiteren römischen Titel II und III keine solchen Untertitel aufwiesen. In der aktuellen Form erscheint uns das Inhaltsverzeichnis einfacher und lesbarer.

Wenn wir ins Gesetz einsteigen, haben wir ebenfalls aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit bei Art. 4 die Titel über den einzelnen Absätzen gestrichen, welche uns überflüssig erschienen sind.

Generell hat uns der Art. 4 einige Diskussionen beschert. Wir haben versucht, die beispielhaften Aufzählungen bei Abs. 1 wie Druckkostenbeiträge für Autorinnen und Autoren, Beiträge an Tonträger, Konzerte für Musikerinnen etc. richtig zu interpretieren. Der Satz mit diesen Aufzählungen war für uns nicht klar formuliert und zuerst haben wir nach alternativen Formulierungen gesucht. Und so kamen wir zum Schluss, dass es nicht schadet, diese sowieso unvollständige Aufzählung ganz wegzulassen. Durch das Weglassen der Aufzählung verändert sich inhaltlich nämlich gar nichts. Das Weglassen der ins Detail gehenden Beispiele macht das Gesetz aber klarer und lesbarer. Nun heisst es bei Art. 4 Abs. 1 zu den finanziellen Beiträgen so: «Einmalige Beiträge werden vor allem zur Unterstützung einzelner Veranstaltungen oder Aktionen gesprochen. Die einmaligen Beiträge werden von der Kulturkommission vergeben.»

Bei Art. 7 haben wir die Marginalie angepasst und das Wort «Kunstankäufe» gestrichen, weil im Artikel selber nichts von Kunstankäufen erwähnt wird.

Bei Art. 8 wurde aus Verwaltungsabteilung Departement, zur Abklärung wurde mit dem Amtsleiter Christof Stillhardt Kontakt aufgenommen und der Inhalt hat nun so seine Richtigkeit.

Bei Art. 9 wurden die vielen Aufgaben des Amtes für Kultur mit Buchstaben ersetzt. Es ist so einfacher, auf einen Punkt zu verweisen (als z.B. sagen zu müssen, dass 7. Strichlein von oben oder von unten).

Gendermässig war das Reglement bereits auf Topniveau, wir haben nur noch 2 bis 3 zusätzliche Korrekturen vorgenommen, so haben wir z.B. bei Art. 11 Spezialisten durch Fachleute ersetzt.

Wir bitten Sie, diesen Änderungen zuzustimmen.

Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Wir werden dem Antrag der Redaktionskommission nicht zustimmen. Grund dafür sind die gemachten Anpassungen, welche nach unserem Empfinden den Rahmen der redaktionellen Änderungen übersteigen. Insbesondere in Art. 4 Abs. 1. Im Wissen, dass dies im vorliegenden Fall nur bedingt relevant ist, geht es uns ums Prinzip und zum einfacheren Verständnis für unser Abstimmungsverhalten.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen zur redaktionellen Fassung? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Schlussabstimmung.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Die Teilrevision des Reglements über die Kulturförderung und den Kulturfonds wird mit den redaktionellen Änderungen mit 25 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Die vom Rat genehmigte Inkraftsetzung des Reglements wird dem Behördenreferendum gemäss Art. 54 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung unterstellt. Wer sich für ein Behördenreferendum aussprechen will, erhebe sich bitte jetzt vom Sitz. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am 24. Februar 2022 und endet am 11. April 2022.

145

BOTSCHAFT NR. 30 «AUFLÖSUNG DES ZWECKVERBANDS ARA ELLIKON AN DER THUR UND ANSCHLUSS AN DIE INTERKOMMUNALE ANSTALT ARA THURTAL»

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Dem Gemeinderat wurde am 6. November 2021 vom Stadtrat die Botschaft Nr. 30 betreffend «Auflösung des Zweckverbands ARA Ellikon an der Thur und Anschluss an die Interkommunale Anstalt ARA Thurtal» vorgelegt. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor. Nach der Eintretensdebatte folgt die materielle Beratung, danach werden wir die Schlussabstimmung durchführen. Sind Sie mit dem Vorgehen einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein.

EINTRETEN

Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der GPK Bau und Werke: Besten Dank für die gut aufgearbeitete Botschaft. Diese zeigt anschaulich, dass aufgrund der kantonsübergreifenden Strukturen und der unterschiedlichen Regelungen in Sachen Zuständigkeiten in den Kantonen Zürich und Thurgau eine neue Lösung für den heutigen Zweckverband ARA Ellikon an der Thur angebracht ist. Offenbart habe sich diese Situation gemäss Stadtrat Elliker anlässlich eines neuen Gemeindegesetzes im Kanton Zürich, innerhalb dessen die bestehenden Statuten hätten revidiert werden müssen, mit dem bestehenden Staatsvertrag jedoch nicht hätten revidiert werden können. Vor diesem Hintergrund also sei die Interkommunale Anstalt ARA Thurtal gegründet worden, und zwar mit einem separat geregelten Anschlussvertrag für die Gemeinden Gachnang, Uesslingen-Buch und Frauenfeld. Diese drei Gemeinden hätten zusammen mit Wiesendangen wohl ein Vorschlagsrecht für den Verwaltungsrat, jedoch kein Mitbestimmungsrecht. In finanzieller Hinsicht sei die neue Organisation für Frauenfeld etwas besser als die bestehende – so die kurze Einführung. Die GPK war einstimmig für Eintreten.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Gibt es weitere Voten aus den Fraktionen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist eintreten unbestritten.

DETAILBERATUNG

Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der GPK Bau und Werke: Es gebe wenig Diskussionsbedarf, da es keine andere Möglichkeit gebe, so ein GPK Mitglied. Schlimmstenfalls müsste halt eine neue Kläranlage gebaut oder das Abwasser in die ARA Frauenfeld gepumpt werden. Gemäss Stadtrat Elliker, so die Antwort auf die Anfrage eines weiteren GPK-Mitglieds, könnte der Zweckverband bei einem heutigen Nein nicht aufgelöst werden, dies würde jedoch

Kosten auslösen, da dann das Abwasser aus Erzenholz-Horgenbach ebenfalls zur ARA Frauenfeld gepumpt werden müsse.

Aus der GPK kommen weder zum Eintreten noch zur nachfolgenden Detailberatung weitere Fragen, den beiden Anträgen wurde einstimmig zugestimmt.

An dieser Stelle möchten wir es nicht unterlassen, David Zimmerli (stellvertretender Leiter Tiefbauamt und Betriebsleiter ARA) zu danken, der erst sehr spät zu unserer Sitzung stossen durfte, jedoch durch die Selbsterklärung der Botschaft gar nicht mehr zu Wort kam. Wir schätzen es sehr, dass auch diese Aufgaben seriös aufgearbeitet und erfüllt werden. Besten Dank.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: An der vorliegenden Botschaft gibt es unseres Erachtens nichts zu diskutieren. Eines sei hier aber erwähnt: Wenn man bedenkt, dass das Inkrafttreten des neuen Zürcher Gemeindegesetzes anfangs 2018 dazu führte, dass wir heute, 2022, über die Annahme des Anschlussvertrags an die «Interkommunale Anstalt ARA Thurtal» befinden dürfen und das Inkrafttreten der IKA dann anfangs 2023 vorgesehen ist, dann wiehert der Amtsschimmel in interkantonalen Angelegenheiten offensichtlich noch lauter als sonst. Und das alles, notabene, um weiterhin ein paar Thurgauer «Gägel» nach Zürich zu schicken! Wir werden den beiden Anträgen zustimmen.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Das Abwasser bleibt leider einfach Abwasser in den gleichen Röhren. Es ist zwar nicht zweimal das gleiche Wasser, aber es kommt leider doch kein Wein aus den Schläuchen. Einzig die juristische Form wird auf den Kopf gestellt. Der Name Zweckverband weist darauf hin, dass er zweckmässig ist – und das kann halt durchaus auch über Kantonsgrenzen hinweg möglich und nötig sein, da auch Abwasser bekanntlich freiwillig nur abwärts fliesst. Dies war es denn auch während 50 Jahren. Doch dann gibt es kantonale Gesetzesänderungen und die Regelungen in den beiden Nachbarkantonen sind tatsächlich nicht mehr kompatibel – das heisst: der gemeinsame Nenner in den Statuten kann tatsächlich nicht mehr gefunden respektive ermöglicht werden. Was ich so locker erzähle hat dann zu viel Arbeit und Überlegungen geführt, die uns nun in einer einfachen Botschaft vorgestellt werden. Für die lediglich 530 Frauenfelder Haushalte ändert sich fast nichts ausser der Rechtsform und damit die Namen der Organe. Das hat der Stadtrat so hingekriegt, diese gute Lösung gefunden und wir sehen auch keine andere Lösung – herzlichen Dank dafür den Damen und Herren des Stadtrates und in der Verwaltung. Etwas bedenklich ist einfach, dass unterschiedliche demokratische Regelungen bezüglich Zuständigkeiten und Mitspracherecht der Bevölkerung in den Kantonen Zürich und Thurgau dazu führen, dass das direkte Mitspracherecht wegfällt. Als Trost: die neuen Strukturen erlauben einen effizienteren Betrieb. Die Einblick-Möglichkeiten für die Stimmbürger dürften grundsätzlich bestehen bleiben. Wir sind einstimmig der Meinung, dass man den beiden Anträgen zustimmen soll. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Unser Votum wird kurz ausfallen. Da es sich bei diesem Geschäft um eine Anpassung an die veränderten rechtlichen Grundlagen im Kanton Zürich handelt, werden wir einstimmig den beiden Anträgen zustimmen.

Für mich als Erzenholzer ist das auch nicht ganz uneigennützig, bin ich doch froh und glücklich, wenn auch künftig die Kanalisation auch im Stadtteil Erzenholz-Horgenbach abfließt und das Abwasser gesetzeskonform aufbereitet wird.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Danke an Gemeinderat Regli für die Anerkennung, dass viel Arbeit dahintergestanden ist. Es ist ein einfaches Papier, aber die Verhandlungen waren nicht immer einfach, weil ich auch die Ansprüche des Frauenfelder Gemeinderates kenne. Gesetzgeberisch ist es so, dass wir es so machen müssen. Wir haben ein Vorschlagsrecht für eine Verwaltungsratsposition. Es gibt keine Delegiertenversammlung mehr. Mein Quartierkollege Brun-

schweiler hat es gesagt. Die Elliker müssen das Abwasser nehmen und wir mussten mit den Ellikern verhandeln. Das war nicht immer einfach. Aber es zeigt, wie die Mühlen mahlen. Und die Mühlen mahlen in verschiedenen Gemeinden und in verschiedenen gesetzlichen Umständen. In Gachnang ist es der Gemeinderat, in Uesslingen-Buch die Bevölkerung und in Frauenfeld ist das Stadtparlament dafür zuständig. Es war nicht immer einfach und deshalb ging es ein Jahr länger. Ich danke ihnen für das Wohlwollen und das Vertrauen.

BESCHLUSSFASSUNG

Antrag 1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Der durch den Rat genehmigte Beschluss wird dem Behördenreferendum gemäss Art. 54 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung unterstellt. Wer sich für ein Behördenreferendum aussprechen möchte, erhebe sich bitte jetzt vom Sitz. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit beginnt die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten am 24. Februar 2022 und endet am 11. April 2022.

146

BOTSCHAFT NR. 31 «RAHMENKREDIT AUFWERTUNG STRASSENÄUME INNENSTADT VON 11,3 MIO. FRANKEN / GRUNDSATZFRAGE 'ALTSTADT AUTOFREI?」

Gemeinderat Claudio Bernold (FDP): Dem Gemeinderat wurde am 21. Dezember 2021 vom Stadtrat die Botschaft Nr. 31 «Rahmenkredit Aufwertung Strassenräume Innenstadt von 11,3 Mio. Franken / Grundsatzfrage 'Altstadt autofrei?」 vorgelegt. Ich schlage Ihnen folgendes vorgehen vor. Nach der Eintretensdebatte folgt die materielle Beratung, anschliessend werden wir eine Schlussabstimmung durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein.

EINTRETEN

Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: All jene, die das Protokoll der GPK-Sitzung gelesen haben, denken, da steht der Falsche am Rednerpult, das ist absolut richtig. Ich wurde heute Nachmittag von Christian Mader noch kontaktiert. Er fühlt sich aufgrund seines Gesundheitszustands nicht in der Lage, an der Ratssitzung teilzunehmen. Er bat mich dann, Ihnen sein relativ umfassendes Votum vorzutragen. Ich hoffe, ich schaffe es ohne allzu viele Versprecher und ich hoffe auch, dass Sie am Schluss des Votums immer noch wach sind. Gewisse Personen kämpfen manchmal mit dem Schlaf. Ich versuche, das durch die Stimmlage zu verhindern.

Mit dem Inhalt der Botschaft haben Sie sich in den Fraktionen auseinandergesetzt, da werden wir im Anschluss sicher entsprechend orientiert. Es sind im Vorfeld dieser Sitzung auch diverse Medienberichte erschienen. Dies zeigt uns auf, wie umstritten Verkehrsfragen in Frauenfeld nach wie vor sind. In der GPK-Sitzung waren neben dem zuständigen Stadtrat Andreas Elliker und dem Abteilungsleiter Stadtplanung Robert Scherzinger auch Stadtpräsident Anders Stokholm und der Leiter Finanzamt, Reto Angehrn, anwesend. Stadtpräsident Anders Stokholm trug für diese Sitzung den Hut des Agglopräsidenten. Reto Angehrn war zusätzlich dabei, weil im Vorfeld der Sitzung unter anderem ein Rückweisungsantrag der Fraktion CH/GP/GLP betreffend Antrag 1 eingegangen war und zusätzlich Klärungsbedarf bestand bezüglich gebundener Aus-

gaben, Ohnehin-Kosten und neuen Ausgaben, in der Botschaft entsprechend blau oder grün gekennzeichnet.

Anders Stokholm erklärte einleitend, dass aufgrund der Rückmeldungen aus dem Gesamtbild zum Agglomerationsprogramm es nun an der Zeit sei, einen grossen Schritt zu wagen. Deshalb bringe man den Rahmenkredit zur Aufwertung der Strassenräume in der Innenstadt und die heisse Kartoffel, die Grundsatzfrage Altstadt autofrei oder nicht, zusammen zur Abstimmung. Als Agglomerationszentrum habe Frauenfeld die Chance, Bundesgelder zu erhalten, vorausgesetzt, man erfülle die Anforderungen des Bundes, nämlich die Umsetzung von dem, was bisher in den Agglomerationsprogrammen 1 und 2 bewilligt wurde. Falls diese Umsetzung nicht erfolge, könne man weitere Agglomerationsgelder vergessen.

Stadtrat Elliker gibt anschliessend einen kurzen Überblick über die wichtigsten Inhalte der Botschaft. Bezüglich Antrag 2 führte er aus, dass der Stadtrat die Zustimmung des Gemeinderats brauche, um diese Frage dem Volk vorzulegen. Der Stadtrat finde es nicht seriös, als fünfköpfiges Gremium über diese Grundsatzfrage selbst zu befinden. In der GPK wurden vor der Eintretensdebatte allgemeine Bemerkungen und Fragen zur Botschaft gestellt.

Zur Frage, wie man sich den Ablauf der Planung der diversen Projekte vorstellen müsse, antwortet Robert Scherzinger, dass bei Annahme des Rahmenkredits das Amt für Hochbau und das Amt für Tiefbau in Zusammenarbeit mit dem Kanton die einzelnen Vorprojekte ausarbeite, zu denen dann die Mitwirkung für die Bevölkerung angedacht sei. Nach der Finalisierung der Vorprojekte gehen diese zum Amt für Tiefbau für die konkrete Ausführungsplanung, die Projekte auf Kantonsstrassen zum kantonalen Tiefbauamt. Anschliessend würden die Projekte öffentlich aufgelegt. Die Umsetzung sei dann nacheinander geplant, damit eine möglichst geringe Verkehrsbehinderung entstehe.

Zur Frage, was geschieht, wenn aufgrund der Mitwirkung die Kosten höher ausfallen, antwortet Robert Scherzinger, es sei eine generelle Sicherheitsmarge von 20 % für Unvorhergesehenes einkalkuliert und eine zusätzliche Sicherheitsmarge von 30 % aufgeschlagen worden. Der Rahmenkredit über 11.3 Mio. Franken sei also mit einer Sicherheitsmarge vor unvorhergesehenen Mehrkosten von 50 % berechnet.

Weiter wurde gefragt, wie die Mitwirkung ablaufe. Robert Scherzinger sagt, wie beim Gesamtbild und der Innenstadt seien der Augenschein vor Ort und die Online-Mitwirkung angedacht.

Was geschieht, wenn aus dem Gemeinderat ein Vorstoss bspw. für ein Einbahnsystem kommen würde? Würde diese in die Planung einfließen? Robert Scherzinger dazu: Die Grundsatzfrage Altstadt autofrei ja oder nein gibt die Richtung vor. Diverse Studien haben gezeigt, dass ein Einbahnsystem keinen genügenden Nutzen bringe und der grosse Nutzen bei der Stadtentlastung zweifellos gegeben wäre, diese zurzeit aber nicht finanzierbar sei.

Was sind die Auswirkungen, wenn der Antrag 2 Grundsatzfrage Altstadt autofrei vom Gemeinderat abgelehnt würde? Wenn der Gemeinderat nein sagt, wird dieser Punkt dem Volk nicht vorgelegt und geht zurück an den Stadtrat, der Stadtrat würde dann entscheiden wie weiter.

Weitere Abstimmungsszenarien durch das Volk: Der Rahmenkredit wird angenommen, Umsetzung der Begegnungszone: Kanton wird zusätzliche Ressourcen bereitstellen. Rahmenkredit nein, anderer Verfahrensweg: Längerer Weg, Agglogelder fallen teilweise weg. Aggloprogramm ist bis 2025 einzureichen. Bei einem Nein gäbe es da eine schlechte Ausgangslage. Grundsatzfrage Altstadt autofrei Ja: Entsprechende Umsetzung, bei gleichzeitiger Ablehnung des Rahmenkredits müsste für die autofreie Altstadt ein separater Kredit beantragt werden. Grundsatzfrage Altstadt autofrei Nein: Die Begegnungszone würde realisiert werden bei einem Ja zum Rahmenkredit.

Weiter wurde festgestellt, dass es mit wenigen Ausnahmen wie bspw. Parkplätze und deren Anordnung bautechnisch keinen Unterschied zwischen einer autofreien und einer nicht autofreien Altstadt geben würde. Auch seien die Kosten etwa gleich hoch, ob die Altstadt autofrei sei oder nicht. Man dürfe nicht vergessen, dass die aktuelle Begegnungszone in der Freien-Strasse nur knapp vom Kanton geduldet werde. Bei einer Ablehnung des Rahmenkredits müsste die Stadt zurück ins alte Regime.

Es wurde hinterfragt, weshalb der Rahmenkredit und die Grundsatzfrage Altstadt autofrei in die gleiche Botschaft verpackt wurden, denn wenn jemand keine autofreie Altstadt möchte, müsse sich diese Person fragen, ob sie einen Fehler mache, wenn sie dem Rahmenkredit zustimme. Ebenfalls würden die Kosten je nach Abstimmungsergebnis variieren, gemäss Seite 27 der Botschaft. Der Bürger kann sich nicht vorstellen, was er bekomme. Die Stadtvertreter präzisieren, dass es zwei separate Abstimmungsfragen geben soll, die Antwort auf die Grundsatzfrage zur autofreien Altstadt habe einen Einfluss, wie innerhalb des Rahmenkredits weiter geplant werde und könne nicht später beantwortet werden. Bezüglich der Kosten habe es keinen Einfluss, aber verkehrsplanerisch müsse man wissen, ob es Autos habe oder eben nicht.

Verschiedene GPK-Mitglieder bedanken sich für die sorgfältig ausgearbeitete Botschaft.

Der anfangs erwähnte Rückweisungsantrag der Fraktion CH/GP/GLP betreffend Antrag 1 wurde gemäss deren GPK-Mitgliedern gestellt, weil sie grosse Hoffnungen in die Botschaft setzen und verhindern möchten, dass das Geschäft an einer kreditrechtlichen Formalität scheitere. Diese Kreditvorlage sei ihrer Ansicht nach in neue und gebundene Ausgaben, sogenannte Ohnehin-Kosten, aufzuteilen. Darauf erklärte Robert Scherzinger in seiner Stellungnahme, der Bund bewerte, ob eine eingegebene Massnahme gemäss Massnahmenblatt eine reine Sanierung der Verkehrsinfrastruktur vorsieht (Ist gleich Soll), oder ob mit einzelnen Teilmassnahmen eine Verbesserung der Ist-Situation (Ist ungleich Soll), erreicht werde. So wurden zum Beispiel bei der Sanierung und Umgestaltung des Knotens St. Gallerstrasse/Markstrasse sämtliche Kosten als anrechenbar eingestuft. Die Kosten seien deshalb nicht aufzuteilen. Bereits bei Botschaftserstellung wurde dieser Sachverhalt juristisch abgeklärt. Weiter wurde eine Aktennotiz über die rechtliche Beurteilung der Rückweisung vorgelegt, in der ebenfalls kein Gesetzesverstoss zu erkennen ist. Beide Papiere wurden der GPK noch vor der Sitzung zugestellt, dafür bedanken wir uns.

In einer längeren Debatte und diversen Beispielen zeigte Finanzchef Reto Angehrn den Begriff Ohnehin-Kosten und gebundene Ausgaben auf. Ohnehin-Kosten bedeuten, dass diese ohnehin anfallen, der Zeitpunkt der Umsetzung aber ungewiss sei. Gebundene Ausgaben seien es dann, wenn keine Zeit für einen Prozess mit Kreditantrag möglich ist. Ein betreffendes Beispiel sei die Thundorferstrasse, deren Sanierung am 1. August sofort in Angriff genommen werden musste. Stadtrat Elliker wollte alle Kosten offenlegen, weil oft Kritik der Salamtaktik kam, dass Kosten gesplittet wurden. Der Stadtpräsident bemerkt weiter, dass aus kreditrechtlicher Sicht über 11.3 Mio. Franken abgestimmt werden müsse. Man könne es nicht splitten, weil die Ohnehin-Kosten aus heutiger Sicht nicht schon als gebundene Ausgaben betrachtet werden können. Es sei ein Paket. Verschiedene GPK-Mitglieder verlangen für die Abstimmungsbotschaft eine einfachere, klarere Aufstellung der Kosten. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung und erfolgter Beratung wurde der Rückweisungsantrag zurückgezogen.

Nach dieser sehr langen Frage- und Informationsdebatte war Eintreten unbestritten und einstimmig.

DETAILBERATUNG

Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Zur Detailberatung: Auf Seite 4 wird kritisiert, dass immer wieder von Agglomeration die Rede sei, obwohl eine autofreie Innenstadt der Agglomeration nichts bringe, da Agglomerationsbewohner dann weniger mit dem Auto nach Frauenfeld fahren können. Anders Stokholm entgegnet, dass

im Rahmen des NRP-Projekts die Altstadt als Zentrum der Region bezeichnet wurde und die Altstadtbesucher aus der gesamten Region bis nach Winterthur kämen.

Auf Seite 7 wird gefragt, ob die zentrumsnahe Stadtentlastung vom Tisch sei. Andreas Elliker verneint. Wenn die Massnahmen aus den Agglomerationsprogrammen 1 und 2 umgesetzt sind, brauche es diesbezüglich eine Analyse.

Auf Seite 10 erwähnt der GPK-Präsident, dass die hier erwähnte Petition mit sehr vielen Unterschriften nie umgesetzt worden sei, was er als komische Gangart des Stadtrats erachtet.

Auf Seite 14 wird Bezug auf die Schlüsselprojekte genommen. Ein GPK-Mitglied stellt die Umsetzung des Murgbogens., welcher einem zweiten Stadtzentrum gleichkomme, der Altstadt gegenüber, die man doch fördern wolle, so jedoch konkurriere. Anders Stokholm sieht die Herausforderung, meint aber, die Vorstadt und die Kaserne seien in diesem Zusammenhang ein sehr wichtiges Scharnier zwischen den zwei Zentren.

Zu Seite 15 bemerkt der GPK-Präsident, dass die Mobilität zur Wirtschaft gehöre, der Fuss- und Veloverkehr werde gegenüber dem MIV jedoch klar favorisiert, was dem Gewerbe schade. Ein weiteres Votum geht in die gleiche Richtung, wobei die schleichende Mehrgewichtung des Fuss- und Veloverkehrs zu stark überhandnehme, was als wirtschaftsfeindlich gewertet wird und mit Bezug auf die Seiten 20 und 21 wird kritisiert, dass viel zu häufig von Flanieren die Rede sei. Man gewinne den Eindruck, dass in Frauenfeld alle nur noch am Flanieren seien.

Zu Seite 23 wird konkret gefragt, welche Absichten der Stadtrat mit der Altstadt habe. Der Stadtpräsident erklärt, dass in der Altstadt der öffentliche Grund für Erdgeschossnutzung zur Verfügung gestellt werde, um die Publikumsfrequenz zu erhöhen. Man sei sich aber des Konflikts mit gewerblicher und Wohnnutzung bewusst.

Auf Seite 25 wird als störend empfunden, dass zu viel von Überprüfen die Rede sei. Dies sei zu wenig verbindlich.

Betreffend Rheinstrasse wird gefragt, was die erste Etappe umfasse und was die zweite. Es wird erklärt, dass in der zweiten Etappe im gleichen Strassenabschnitt geprüft werde, ob das Verkehrsregime mit der Frauenfeld-Wil-Bahn optimiert werden könne.

Zu Seite 26 Promenade taucht die Frage auf, weshalb die Überprüfung des Geschwindigkeitsregimes nur hier grün markiert sei und sonst blau. Dies sei ein Fehler und müsste entsprechend blau markiert sein. Weiter wurde gefragt, ob die Bäume wirklich krank seien, was bestätigt wurde.

Zu Seite 32 Verbesserung des Gesamtverkehrssystems wird bemerkt, dass dies ohne mehr Land gar nicht möglich sei, was beispielsweise das Problem der Ringstrasse sei.

In der abschliessenden Würdigung wurde die Botschaft wie erwartet unterschiedlich beurteilt, von nicht gelungen bis eine gute Sache oder zu komplex. Der Fahrplan wurde allgemein für ein so wichtiges Geschäft als sehr knapp befunden. Bei den Anträgen wurden wie folgt abgestimmt: Dem Antrag 1 wurde einstimmig zugestimmt. Dem Antrag 2 wurde mit 4 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Als Erstes danken wir dem Stadtrat für die sehr umfangreiche und informative Botschaft. Unserer Meinung nach wurde es auch mal Zeit, dieses Thema sauber aufzugreifen. Bisher wurde viel Aufwand betrieben und viel Geld ausgegeben, doch leider ohne politisch repräsentative Ergebnisse. Die vorliegende Botschaft führte in unserer Fraktion zu vielschichtigen und durchaus auch kontroversen Diskussionen. Einerseits werden die Ohnehin-Kosten von rund 7 Mio. Franken in

jedem Fall kommen, aber es kann nicht genau gesagt werden wann. Andererseits geht es beim Rahmenkredit auch um die Grundsatzfrage, ob Frauenfeld die Bundesgelder aus den Agglomerationsprogrammen 1 und 2 abholen möchte oder nicht. Klar ist dies Geld, welches abgeholt werden darf. Dafür muss aber die Stadt Frauenfeld sehr viel investieren und zu guter Letzt steckt auch hinter den Bundesgeldern der Steuerzahler. Müssen wir dem Rahmenkredit also zustimmen, dass unser Steuergeld zurück nach Frauenfeld kommt?

Der Langsamverkehr wurde schleichend auf zwei Teile, nämlich den Fuss- und den Veloverkehr ausgeweitet. Die Parkplätze schwinden. Und noch eine kleine Randbemerkung: Im Jahr 2007 hätte uns ein Ja zur F21 fast genau diese 11.3 Mio. Franken gekostet.

In der Botschaft wird des Öfteren betont, dass die Hauptverkehrsachsen des motorisierten Individualverkehrs trennend seien. Da tut diese Erkenntnis umso mehr weh. Doch fragen wir uns auch, ob diese Hauptverkehrsachsen auch in Zukunft bestehen bleiben. Wir verstehen aber auch, dass seit längerer Zeit Handlungsbedarf da ist und in dieser Hinsicht lange wenig Konkretes gemacht wurde. Gerade aus dieser Sicht begrüßen wir die Botschaft, welche wir nun auf dem Tisch haben. Schade nur, dass jetzt ein so hoher Betrag zur Abstimmung kommt und der Stadtrat somit einen erheblichen Vertrauensvorschuss erhält. Weil die zu ersetzenden Werkleitungen über Gebührengelder finanziert werden, sind diese in den 11.3 Mio. Franken noch nicht enthalten. Da kam in unserer Fraktion auch die Frage auf, ob der Stadtrat ehrlich ist zum Frauenfelder Stimmvolk.

Und nun zum Thema der autofreien Altstadt. Unsere Fraktion begrüsst aus basisdemokratischen Überlegungen mehrheitlich den Entscheid des Stadtrats, diese Grundsatzfrage dem Frauenfelder Stimmvolk zur Abstimmung vorzulegen. Klar könnte der Stadtrat in Eigenregie über eine autofreie Altstadt entscheiden und, was allenfalls ein Vorteil wäre, diesen Entscheid auch wieder rückgängig machen. Eins gerade schon vorweg: Unser grossmehrheitliches Ja zum Antrag 2 in der Botschaft ist wirklich nur ein Ja für diesen Entscheid des Stadtrats, diese Frage an die Urne zu bringen und definitiv kein Ja zu einer autofreien Altstadt.

Bei einer autofreien Altstadt sehen wir viele Nachteile. Da zum Beispiel nicht mehr bei einer Liegenschaft parkiert werden kann, wird diese abgewertet. Zudem wird die Herausforderung zwischen Gewerbe und Wohnen riesig. Auch muss die Durchfahrt für die Zulieferer und Sicherheitskräfte stets gewährleistet sein und darf nicht mit sogenannten Aufwertungen wie Bänkli und Bäumen versperrt werden.

Zur autofreien Altstadt bleibt mir nochmals mit aller Deutlichkeit zu sagen: Wir von der Fraktion SVP/EDU sind für eine Abstimmung durch das Volk, nicht aber für eine autofreie Altstadt.

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Die Botschaft enthält zwei Anträge. Da die Vorlage für die Entwicklung der Innenstadt nach unserer Meinung eine Jahrhundertchance darstellt, gibt es von unserer Seite heute Abend zwei Fraktionsvoten. Ich spreche zum Rahmenkredit, meine Kollegin Anita Bernhard wird zur Grundsatzfrage Altstadt autofrei sprechen.

Heute ist ein besonderer Tag für Frauenfeld und für den Gemeinderat. Es geht um die wohl letzte Chance, unsere Innenstadt mit finanzieller Unterstützung des Bundes aus den Aggloprogrammen als attraktives Zentrum für unsere Bevölkerung zu gestalten. Ob aus dem heutigen Tag auch ein grosser und erinnerungswürdiger Tag wird, hängt von unserer Debatte heute Abend ab und natürlich vom Entscheid der Stimmberechtigten am 15. Mai.

Seit mehr als 30 Jahren beschäftigt uns die Frage, wie wir unsere Altstadt, vom Stadtrat als Herz von Frauenfeld betitelt, aufwerten können und wie wir mit dem Autoverkehr in der Innenstadt umgehen sollen. Dieses Thema hat mehrere Generationen von Stadt- und Gemeinderäten auf Trab gehalten und die Bevölkerung phasenweise in zwei fast gleich grosse Lager gespalten.

Doch jetzt sehen wir Licht am Ende des Tunnels – und gemeint ist hier nicht der Stadttunnel. Die Zeiten des Zauderns, des Zähneknirschens, der unzähligen gescheiterten Planungen und der vielen Mitwirkungsverfahren, die meistens ohne greifbare Ergebnisse geblieben sind, diese Zeiten gehen ihrem Ende entgegen. Es geht endlich um handfeste politische Entscheidungen, wo wir Farbe bekennen müssen. Die vielen Bausteine und Lösungsvorschläge, welche die Planung der Innenstadt in den letzten 30 Jahren geprägt haben, sind erstmals in einer tragfähigen Vorlage gebündelt und konsolidiert. Und das Allerwichtigste: Die Stimmberechtigten erhalten endlich Gelegenheit, bei einer zentralen Frage der Stadtentwicklung mitzureden. Bis jetzt haben die Interessengruppen und Ladenbesitzer aus der Innenstadt den Ton angegeben. Nun kommen die Stimmberechtigten aus allen Quartieren unserer Stadt zum Zug. Am 15. Mai haben alle Stimmen das gleiche Gewicht, ob sie nun aus dem Kurzdorf, dem Langdorf, aus Ergaten, Erzenholz oder eben aus der Altstadt kommen. Das ist gelebte lokale Demokratie. Wir rechnen es dem Stadtrat hoch an, dass er mit seiner Vorlage den Weg an die Urne freigemacht hat.

Der vorliegende Rahmenkredit ist ein Instrument, das dem Stadtrat viele Kompetenzen einräumt, die sonst dem Gemeinderat oder dem Volk zustehen würden. Die Kredite für die einzelnen Aufwertungsprojekte müssen nicht mehr vom Gemeinderat oder vom Volk bewilligt werden und, was für uns auch etwas schmerzhaft ist, wir haben im Gemeinderat keine Möglichkeit mehr, inhaltlich hier im Rat auf die Ausgestaltung der Projekte Einfluss zu nehmen. Die Zustimmung zum Rahmenkredit ist somit eine Frage des Vertrauens in das künftige Handeln des Stadtrats. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass der Stadtrat dieses Vertrauen verdient. Drei Gründe sprechen dafür:

Im Stadtrat und auch in der Stadtverwaltung hat ein Umdenken stattgefunden. Die Aufwertung der Strassenräume in der Innenstadt ist dem Stadtrat ein echtes Anliegen. Das Konzept Frauenfeld plus, d. h. eine Aufwertung der Innenstadt ohne Tunnel, das wir 2018 mit Erfolg ins Spiel gebracht haben, hat hierzu einen wichtigen Input geliefert. Der Stadtrat fokussiert nicht mehr wie 2018 auf den Stadttunnel zwischen Marktplatz und Schweizerhofkreisel, sondern will zunächst flächendeckende Massnahmen zur Verkehrsberuhigung realisieren. Dann soll in einem nächsten Schritt die Auswirkung dieser Massnahmen auf das Verkehrsgeschehen geprüft werden. Erst wenn sich zeigen sollte, dass die Massnahmen nicht genügen, wäre eine Entlastungsstrasse allenfalls wieder ein Thema. So nachzulesen in der Botschaft. Bis dahin wird aber noch sehr viel Wasser die Murg hinabfliessen, frei inspiriert von Thomas Götz – ich zitiere aus der Thurgauer Zeitung vom vergangenen Samstag – lässt sich feststellen, dass die Stadtpräsidentin, die dereinst den Stadttunnel einweihen wird, jetzt gerade den Kindergarten besucht oder noch gar nicht auf der Welt ist.

Vertrauensbildend aus unserer Sicht sind weiter das neue Gesamtbild sowie der Koordinationsplan Stadtentwicklung. Diese Planungsinstrumente zeigen erstmals die übergeordneten Ideen und Leitsätze, welche die Basis für konkrete Projekte bilden. Es geht hier darum, die Stadt als Ganzes im Auge zu behalten. Heute ist es leider noch viel zu oft so, dass Investorinnen und Architekten an der Parzellengrenze mit Denken aufhören. Es liegt nun ein stabiles Gerüst für die Weiterentwicklung unserer Stadt vor, auch wenn noch nicht alle Leitsätze widerspruchsfrei sind und auch wenn nicht alle unsere Anträge, die wir als Fraktion in der Vernehmlassung gestellt haben, umgesetzt worden sind. Hoffnung macht uns vor allem der Leitsatz, wonach die Verkehrsmittel situationsgerecht eingesetzt werden. Das heisst gemäss Stadtrat, dass in der dicht besiedelten Innenstadt jene Verkehrsmittel bessere Voraussetzungen haben, die weniger Fläche für das Fortbewegen und das Abstellen beanspruchen. Dies trifft auf den Fuss- und Veloverkehr zu, die deshalb stärker gefördert werden müssen.

Ein dritter Punkt, der unser Vertrauen in den Stadtrat fördert, ist, dass die Umsetzung des gültigen Richtplans Siedlung und Verkehr, er stammt vom 28. Juni 2011, endlich in Reichweite rückt. Darauf haben wir sehr, sehr lange gewartet. Der Richtplan verlangt für die Innenstadt eine Aufwertung der Strassenräume und mehr Aufenthaltsqualität für die Bevölkerung. Als zentrale Massnahmen sind im Richtplan Tempo-30-Zonen festgesetzt, die flächendeckend die Innenstadt

umfassen, das heisst Rheinstrasse, Rathausplatz, Promenade und Vorstadt. Diese Richtplaninhalte, und das geht hier oft vergessen, sind vom Kanton genehmigt worden und damit für den Stadtrat und für die kantonalen Behörden rechtsverbindlich. Die in der vorliegenden Botschaft auf den Seiten 25 bis 27 aufgeführten Massnahmen entsprechen diesen Vorgaben weitgehend. Der Stadtrat kann bei der Projektierung der erwähnten Strassenabschnitte nicht von diesen Vorgaben abweichen, ohne gegen den Richtplan zu verstossen. Der Richtplan ist quasi unsere rechtliche Versicherung, dass unser Vertrauen nicht missbraucht wird. Die fraglichen Massnahmen sind in der Zwischenzeit auch besser legitimiert, weil sie im Rahmen von Studien und Testplanungen weiterentwickelt wurden. Die Illustration der autofreien Altstadt, die uns der Stadtrat an seiner Medienkonferenz gezeigt hat, zeigt die Früchte dieser Vorarbeiten. Ich meine dieses Bild, Sie können es vielleicht nicht sehen, aber ich nehme an, es ist bekannt. Diese wunderschöne Ansicht auf die Altstadt Frauenfeld aus der Adlerperspektive.

Soviel zu den Gründen, warum wir dem Stadtrat Vertrauen schenken. Wir sind aber auch nicht vertrauensselig und möchten einige kritische Punkte in der Vorlage ansprechen. Wir ersuchen den Stadtrat eindringlich, hier noch Verbesserungen vorzunehmen, vor allem was die Information der Stimmberechtigten betrifft.

Die Stimmberechtigten werden sich vor ihrem Entscheid fragen, was sie für 11.3 Mio. Franken als Gegenleistung bekommen. Die geplanten Massnahmen in den einzelnen Strassenräumen, die man hier auf dieser Vogelperspektive sieht, werden auf einer extrem hohen Flughöhe abgehandelt. Dies kann in der kommenden Abstimmung zum Stolperstein werden. Für uns ist klar, der Stadtrat muss verständlicher und konkreter darlegen, welchen Mehrwert an Aufenthaltsqualität die Bevölkerung erhält. Dies betrifft insbesondere die Umgestaltung der Freien-Strasse, der Vorstadt und der Promenade. Dabei können auch Illustrationen helfen. Und weiter: Der Stadtrat kann durchaus etwas mutiger auf Studien und Projekte zurückgreifen, die bereits erarbeitet wurden, aber noch in den Schubladen ruhen. Ich denke bspw. an die Testplanung für ein Verkehrs- und Gestaltungskonzept Promenade-Vorstadt.

Die Kosten von 11.3 Mio. Franken für eine Aufwertung von doch wenigen Strassenräumen erscheinen auf den ersten Blick als sehr hoch. Solche Zahlen müssen eingeordnet werden und mit den Kosten für andere Infrastrukturprojekte der Stadt verglichen werden. Zum Beispiel mit den 40 Mio. Franken für den Neubau Hallenbad oder den 120 Mio. Franken für einen Stadttunnel. Es kommt hinzu, dass der Bund und der Kanton sich an den Kosten für die Aufwertung der Innenstadt beteiligen werden und so die Nettobelastung für die Stadt auf rund 6.8 Mio. Franken reduziert wird. Und das, das muss auch mal festgehalten werden, bewegt sich in der Grössenordnung, die wir jedes Jahr für die Sanierung unserer Strassen ausgeben, so etwa im Budget 2022, das sind rund 7 Mio. Franken.

Es ist unbestritten, dass der Stadtrat mit dem Rahmenkredit viel, viel Handlungsspielraum erhält. Die vom Stadtrat in Aussicht gestellten Mitwirkungsverfahren, sie kommen in der Botschaft mehrfach vor, sind deshalb von zentraler Bedeutung. Die Bevölkerung und die Interessengruppen müssen sich bei den Betriebs- und Gestaltungskonzepten sowie bei den Vorprojekten einbringen können. Wir erwarten vom Stadtrat eine ernsthafte und respektvolle Prüfung der Anliegen aus der Bevölkerung.

Die Botschaft erweckt den Eindruck, dass die Gesamtkosten von 11.3 Mio. Franken neben neuen Ausgaben auch einen erheblichen Teil von gebundenen Ausgaben umfassen. Wir haben das Thema schon im Votum aus der GPK gehört. Für uns fehlt nach wie vor eine nachvollziehbare Abgrenzung zwischen diesen beiden Kostengruppen. Für zusätzliche Verwirrung hat der Stadtrat mit dem Begriff Ohnehin-Kosten gesorgt, einem Begriff, den es im Kreditrecht schlichtweg nicht gibt. Nachdem unsere Fraktion interveniert hat, konnte dieses Problem in der GPK glücklicherweise gelöst werden. Es ist uns wichtig, dass als Fazit aus dieser Diskussion in der GPK festzuhalten ist, dass es sich beim Verpflichtungskredit von 11.3 Mio. Franken um neue Ausgaben handelt, die vom Volk bewilligt werden müssen. Die darin mitenthaltenen Sanierungsarbeiten an

den Strassen erfüllen die Kriterien der Gebundenheit nicht, denn es fehlt ihnen die zeitliche Dringlichkeit. Wir hoffen, dass der Stadtrat diese restriktive Auslegung der Gebundenheit, die er in der GPK vertreten hat, künftig auch bei anderen Kreditgeschäften anwenden wird. Und wir ersuchen den Stadtrat, in der Botschaft an die Stimmberechtigten die unglückliche Unterscheidung zwischen Kosten für Gestaltung und Kosten für Sanierung wegzulassen. Das führt nur zur Verwirrung und Verwirrung in dieser Abstimmung sollten wir vermeiden.

Unsere Fraktion wird den Rahmenkredit von 11.3 Mio. Franken geschlossen unterstützen.

Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:

Ich spreche zur Grundsatzfrage Altstadt autofrei, die gleichermaßen Gegenstand dieser Vorlage ist. Seit Jahren schon beschäftigt die vorliegende Gretchenfrage die Frauenfelderinnen und Frauenfelder und es wird nicht nur im Gemeinderat darüber diskutiert und debattiert. Vorstellungen und Meinungen könnten teilweise unterschiedlicher nicht sein. Wir begrüßen es daher ausserordentlich, dass die Bevölkerung endlich zu dieser zentralen Frage abgeholt werden soll, und zwar indem der Stadtrat das Stimmvolk über dieses bedeutende Anliegen entscheiden lassen möchte. An dieser Stelle scheint es uns wichtig zu erwähnen, dass der Antrag 2 somit nicht die Frage nach einer autofreien Innenstadt, sondern die Frage, ob der Gemeinderat die Bevölkerung darüber abstimmen lassen möchte, beinhaltet. Und wir hoffen, dass ihr diesen urdemokratischen Akt ebenso unterstützt wie wir. Wer heute im Rat zu einer Volksbefragung «autofreie Innenstadt» Nein sagt, wird seinen Wählerinnen und Wählern erklären müssen, warum sie nicht fähig sein sollten, einen solchen Entscheid zu treffen.

Die Altstadt hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Jedes Mal, wenn eine Änderung des Verkehrsregimes vor der Tür stand, gab es Befürchtungen, dass damit der Untergang der Altstadt eingeläutet wird. 1974 wurde in der Altstadt zwischen dem Rathausplatz und der katholischen Kirche der Einbahnverkehr eingeführt. 1984 folgte auf der Zürcherstrasse eine verkehrsberuhigte Zone, die Zufahrt war nur noch vormittags gestattet. Und 2015 wurde die Begegnungszone Altstadt auf der Zürcherstrasse und provisorisch auf der Freien-Strasse realisiert mit einem Fahrverbot am Wochenende auf der Zürcherstrasse. All diese Massnahmen waren im Vorfeld umstritten, heute sind diese Regelungen in der Bevölkerung breit akzeptiert. Es gibt kaum jemand, der sich den früheren Zustand zurückwünscht. Wir gehen davon aus, dass dies auch bei der Einführung einer autofreien Altstadt nicht anders sein wird. Jedoch braucht eine lebenswerte, gut besuchte Altstadt attraktive, menschenfreundliche Räume und Plätze, die unterschiedlichst bespielt werden können und dürfen. Es scheint uns daher essenziell, dass, sollte die Innenstadt autofrei werden, mit der Regelung über die Nutzung des öffentlichen Raums liberaler und pragmatischer umgegangen wird. Es wäre wünschenswert, wenn sich der Stadtrat an dieser Sitzung noch zu diesem Thema äussern könnte. Es muss möglich sein, die so entstandenen Freiräume unkompliziert für Strassencafés, Food-Stände, Auslagen und vieles mehr nutzen zu können, was den Reiz und die Aufenthaltsqualität einer Altstadt ausmacht und sie unterstützt. Einen Anfang hat der Stadtrat mit dem Erwerb der drei Liegenschaften an der Freien-Strasse bereits gemacht. Durch diese Übernahme besitzt die Stadt den Hebel, zukünftigen Mietern eine wirtschaftliche Nutzung zu ermöglichen und somit ein Instrument, die zurzeit teilweise unvermieteten Räumlichkeiten nach ihren Vorstellungen zu besetzen und die Freie-Strasse damit zusätzlich zu beleben. An dieser Stelle möchten wir uns nochmals für diese Vorlage, im Speziellen auch für den Antrag 2 beim Stadtrat bedanken. Es ist wirklich mehr als positiv zu werten, dass bei dieser Grundsatzfrage endlich das gesamte Frauenfelder Stimmvolk zu Wort kommen soll. Wir möchten es jedoch nicht unterlassen zu erwähnen, dass wir die Stellungnahme des Stadtrats noch vermissen und hoffen, dass er spätestens in der noch zu erstellenden Botschaft Position beziehen und für diese Vorlage kämpfen wird. Dazu sollten in den zugehörigen Unterlagen Möglichkeiten und Chancen einer autofreien Altstadt ebenso aufgezeichnet wie Ängste, dass keine Anlieferungen, Behindertentransporte etc. mehr stattfinden können, ausgeräumt werden. Was die Abstimmungsfrage betrifft, so ist es Sache des Stadtrats, diese zu formulieren. Sie sollte möglichst einfach und klar sein und könnte in etwa wie folgt lauten: «Stimmen Sie der Einführung einer autofreien Altstadt zu?»

Frauenfeld wäre nicht die erste Innenstadt, in der eine autofreie Zone eingeführt wird und die danach neu gestaltet für alle funktioniert, die eine Ausstrahlung weit über ihre Grenzen erhält und somit das Herz der gesamten Region stärkt. Aber eben, um diese Frage geht es heute gar nicht, sondern darum, ob wir bereit sind, die Frauenfelder Stimmbevölkerung diesen Entscheid treffen zu lassen.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Es soll jetzt endlich vorwärtsgehen. Es soll was passieren. Der Stadtrat kommt mit einer Botschaft über 11.3 Mio. Franken in den Gemeinderat und sagt zwar oberflächlich, was er gern machen würde, aber nicht wie. Geht das überhaupt? Und ist das sinnvoll? Das war das erste, was sich einige Mitglieder in unserer Fraktion nach Erhalt der Botschaft fragten. In diesem Fall wohl schon. Denn der Stadtrat möchte eine Planungssicherheit für das weitere Vorgehen erhalten. Er möchte Spielraum haben, um den Strassenraum, Plätze, Zugänge und den Langsamverkehr in der Innenstadt aufzuwerten und zu optimieren.

Als positiv erachten wir, dass nun eine ganzheitliche Sicht angestrebt wird und nicht nur ein einzelnes Teilprojekt. Die FDP bedauert, dass die zentrumsnahe Stadtentlastung in diesem Zusammenhang kein Thema ist. Wir können es aber nachvollziehen, da im Moment keine Bundesgelder für das teure Projekt der Stadtentlastung erhältlich sind. Zudem bringt die Umsetzung dieser Massnahmen Gewissheit, dass wir später gute Chancen haben, dass der Bund in einem kommenden Agglomerationsprojekt die zentrumsnahe Stadtentlastung unterstützen wird. Diese jetzt geplanten Massnahmen sehen wir somit als Wegbegleiter einer solchen Entlastungsstrasse.

Eher negativ erachten wir die Tatsache, dass der Strassenraum hauptsächlich für den Langsamverkehr aufgewertet wird und der MIV quasi aussenvor gelassen wird. Dem MIV muss weiterhin eine hohe Bedeutung attestiert werden.

Zum Antrag 1: Es ist uns ein Anliegen, dass alle das Wort Rahmenkredit korrekt einstufen. Es bedeutet, dass innerhalb dieses Rahmens Projekte umgesetzt werden können. Und nicht darüber hinaus. Die Kosten werden mit Ohnehin-Kosten von rund ca. 6.8 Mio. Franken und variablen Kosten von rund 4.5 Mio. Franken dargestellt. Wichtig zu wissen ist, dass die Ohnehinkosten für Belagserneuerungen, Anpassungen an neue Vorgaben etc. auch im ganz normalen Budgetrahmen in den Gemeinderat gekommen wären und diese früher oder später eben ohnehin anfallen werden. Die variablen Kosten, welche ausschliesslich für Aufwertungsmassnahmen angedacht sind, können zu einem Teil über die angeforderten vergangenen Aggloprogramme getilgt werden. Und nur wenn Aufwertungsmassnahmen umgesetzt werden, beteiligt sich der Bund auch an diesen Kosten. Würde man also den Rahmenkredit ablehnen, bleibt die Stadt trotzdem an den Ohnehin-Kosten hängen und das, ohne dass es einen Mehrwert bzw. eine Aufwertung bringt. Diese müssen nämlich dann später aus dem eigenen Sack getilgt werden. Wir hoffen, es ist Ihnen klar, dass das absolut sinnfrei wäre. Denn ein Stillstand in der Entwicklung kann einem Rückschritt gleichgestellt werden.

Speziell erwähnen möchten wir auch dies: Das Preisschild von 11.3 Mio. Franken wird klar angezeigt. Und anders als zum Beispiel bei einem Badineubau werden dadurch kaum Steuererhöhungen entstehen, weil eben die Ohnehin-Kosten mit den heutigen Steuersätzen einhergehen und die Aufwertungskosten zu einem grossen Teil mit Bundesgeldern finanziert würden.

Die FDP ist zukunftsorientiert und will bei der Entwicklung nicht im Weg stehen. Bei der Ausarbeitung der Detailprojekte ist darauf zu achten, dass allen Betroffenen, insbesondere dem Gewerbe und Detailhandel die besten Möglichkeiten gewährt werden. Neue Möglichkeiten sollen entstehen können und die bestehenden bewährten Möglichkeiten dürfen aber nicht abgewürgt werden. Die FDP-Fraktion wird diesem Antrag einstimmig zustimmen.

Zu Antrag 2: Sollen wir die Gretchenfrage autofrei Altstadt Ja oder Nein wirklich so vors Volk bringen? Aus Sicht der FDP kann man das durchaus machen, um endlich ein klares Statement zu erhalten. Bringt der Stadtrat das nicht von sich aus vors Volk, wird es früher oder später von Seiten der autoverachtenden Bevölkerung passieren. Dass man es diesbezüglich aber nicht jedem recht machen kann, ist jedem hier drin bestens bekannt. Die Fraktion FDP war und ist weiterhin für eine Begegnungszone. Eine Begegnungszone beinhaltet aber alle Verkehrsteilnehmer und setzt nicht auf Ausschluss von Teilen der Bevölkerung. Veränderungen, neue Möglichkeiten und Aufwertungen ja, Verbannungen und Verbote aber klar nein. Es würde zu viele Einschränkungen für die Betroffenen in der Altstadt ergeben. Belieferungen und Handwerkerleistungen müssen unkompliziert und bedarfsgerecht gewährleistet sein. Flexible, auf Saisons angepasste Nutzungen müssen möglich gemacht werden. Bitte beachten Sie, dass auch Autofahrende die Altstadt beleben. Und beachten Sie bei Ihrer Entscheid zu Antrag 2 bitte auch dies: Viele Stimmbürger haben sich wohl kaum mit diesem Thema intensiv beschäftigt, weil es sie nämlich nicht direkt betrifft. Die Betroffenen in der Altstadt sind aber bereit für Veränderungen und befürworten eine Begegnungszone, aber nicht die autofreie Zone. Es bleibt zu hoffen, dass sich das Volk für eine zukunftsorientierte, von den Betroffenen mitgestaltete Altstadt inklusive Autos entscheidet. Die Fraktion FDP ist grossmehrheitlich für den Antrag 2.

Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Wir danken dem Stadtrat für die ausführliche Botschaft und heissen Eintreten selbstverständlich gut. Der Stadtrat unterbreitet uns zwei Sachen: einen Rahmenkredit und eine Grundsatzfrage. Den Rahmenkredit über den Betrag von 11.3 Mio. Franken muss er dem Volk unterbreiten, die Grundsatzfrage autofreie Altstadt müsste er aber nicht. Der Stadtrat hat selber die Kompetenz dazu, die Altstadt autofrei zu machen oder autofrei zu erklären. Er drückt sich aber vor dem klaren Führungsentscheid und überlässt die Verantwortung unserem Rat und den Stimmbürgern. Als Begründung für dieses Vorgehen nennt er «eine klare politische Weichenstellung für oder gegen den Autoverkehr in der Innenstadt». In einem Zeitungsartikel sagt der zuständige Stadtrat, man wünsche eine «Planungssicherheit durch das Bürgervotum». Welche Planungssicherheit damit geschaffen wird, lässt uns nur etwas vermuten.

In der ausführlichen Botschaft gibt sich der Stadtrat zwar Mühe, den Autoverkehr in der Altstadt nicht gegen den Langsamverkehr auszuspielen. Er gibt sich alle Mühe, auf das Miteinander statt das Gegeneinander hinzuweisen. In Wahrheit geht es aber darum, dass die Stadt für die Automobilisten möglichst unattraktiv wird, dass der ÖV, der Veloverkehr und die Fussgänger bevorzugt werden. Unsere Fraktion bekennt sich zwar zur Begegnungszone in der Innenstadt, aber wir haben unsere Zweifel daran, ob wir die Probleme der Detaillisten, des Gewerbes, der Dienstleister und der Gastronomen dadurch allein lösen können.

Die Fraktion Die Mitte/EVP beantragt mehrheitlich die Zustimmung zur Volksabstimmung Autoverbot in der Altstadt. Die Mehrheit unserer Fraktion ist aber gegen ein Autoverbot und wir würden es begrüessen, wenn man eine Begegnungszone bauen würde, denn dann kann sich diese entwickeln und die Gewerbler gefährdet man so nicht. Mit der Zustimmung zu beiden Anträgen verbindet unsere Fraktion die Hoffnung, dass der Stadtrat das Votum des Bürgers für den Kredit über eine autofreie Altstadt nicht als Blankocheck oder als Freipass für die Umsetzung seiner gesamten städtebaulichen Vorstellungen interpretiert, sondern nur für das, was es ist, ein Kreditantrag und eine Grundsatzfrage pro und contra Auto für die festgelegte Fläche der Altstadt.

Noch ein Wort zum Kreditantrag: Die 11.3 Mio. Franken sind für die bauliche Aufwertung der Altstadt, also für eine Begegnungszone und für die bautechnischen Anpassungen und Signalisationen. In der Botschaft wird uns erklärt, dass man den Langsamverkehr, also Velo- und Fussgängerverkehr, fördert, zum Beispiel mit Radstreifen. Weiter fördert man den ÖV und den MIV, also Autos und Lastwagen will man ohne Behinderungen auf der Hauptachse durch unsere Stadt führen. Und das Ganze selbstverständlich flüssig. Diese Rechnung geht keinem Mitglied in unserer Fraktion auf. Drei bekommen mehr und einer bleibt gleich. Da stimmt etwas nicht.

Wenn irgendwo etwas aufgewertet wird, wird an einem anderen Ort irgendetwas abgewertet. Wir bitten den Stadtrat, auf dem Weg zur Aufwertung noch einmal über die Bücher zu gehen und uns Vorschläge zu unterbreiten, wie das Stadtzentrum wirklich entlastet werden kann. Vielleicht war die Absage an den Einbahnring ein bisschen kurzfristig, vielleicht war der Druck der Ringstrasse politisch zu hoch, vielleicht müsste man auch darüber diskutieren, ob die Infrastrukturfläche nicht vergrössert werden müsste, um allen gerecht zu werden. Da gilt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Unsere Fraktion anerkennt insgesamt den guten Willen des Stadtrats für die Aufwertung der Strassenräume und die Innenstadt und respektiert gewissermassen den Wunsch des Stadtrats nach Klarheit bezüglich der Autofrage durch die Bevölkerung. Unsere Fraktion stimmt Antrag 1 einstimmig zu und Antrag 2 mehrheitlich.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Wer hätte das gedacht? Da wagt der Frauenfelder Stadtrat in seiner derzeitig äusserst bürgerlichen Zusammensetzung einen neuen Anlauf in Sachen Verkehr in der Innenstadt, und die SP ist gar nicht mal so unzufrieden mit den Vorschlägen.

Ich komme zuerst zum Rahmenkredit zur Aufwertung der Strassenräume in der Innenstadt. Dagegen ist ja grundsätzlich wirklich nicht viel einzuwenden. Unser Herz stärken, Naherholung gestalten, zuverlässig und sicher bewegen, Verantwortung übernehmen und sogar noch die lokale Wirtschaft pflegen. Das tönt doch schon mal prächtig. Und wenn man sich dann die konkreten Massnahmen anschaut, wird es noch schöner. Begrünungen, BehiG-konforme Bushaltestellen, Aufwertungen von Brunnenplätzen, neue Velostreifen und sogar die Überprüfung von Geschwindigkeitsregimes. Ein Potpourri an rosigen Aussichten für Frauenfeld. Voraussichtlich 6.8 Mio. Franken soll das die Stadt im Gegenzug kosten, allerdings mit einigen Ungewissheiten. Beispielsweise geht der Stadtrat davon aus, dass der Bundesbeitrag von 3 Mio. Franken vollumfänglich abgeschöpft werden kann. Wir hoffen das Beste. Eine weitere ordentliche Ungewissheit ergibt sich aber auch dadurch, dass die Massnahmen zurzeit noch auf sehr hoher Flughöhe beschrieben werden. Wie sie dazumal genau aussehen sollen, wird in Mitwirkungsverfahren diskutiert. Wir sind sehr gespannt, ob die Bevölkerung dann noch viel mitzureden hat oder lediglich bei quasi fertigen Projekten über die genaue Platzierung von einzelnen Fussgängerstreifen diskutieren darf. Wir erwarten, dass nicht Letzteres der Fall sein wird. Wenn schon ein Mitwirkungsverfahren, dann soll die Bevölkerung auch ernstgenommen werden. Trotz einiger Ungewissheiten steht die SP also hinter dem Rahmenkredit und wird dem Antrag 1 auch zustimmen.

Die grosse Frage, die uns aber doch noch ein wenig umtreibt: Warum erst jetzt? Da stehen die Honigtöpfe in Bern bereit, um die flankierenden Massnahmen, die wir schon lange fordern, umzusetzen und wir vergeuden die Zeit hier in Frauenfeld lieber damit, diverse Tunnelvarianten auszuloten, statt uns um die Umsetzung der Massnahmen der ersten beiden Agglomerationsprogramme zu kümmern. Immerhin scheint der Stadtrat mindestens in dieser Frage kurz vor Knapp zur Vernunft gekommen zu sein. Vielleicht schafft das der Gemeinderat heute auch.

Kommen wir noch zur Grundsatzfrage Altstadt autofrei, die der Stadtrat gern vom Volk beantwortet hätte. Nun, wir auch. Wir hätten uns natürlich auch gefreut, wenn der Stadtrat sich eigenverantwortlich für eine autofreie Altstadt ausgesprochen hätte, aber der ist ja immer noch bürgerlich. Wir begrüssen das Vorgehen sehr, dass die Frauenfelder Stimmbewohner die ewige Diskussion um die autofreie Altstadt endlich beenden soll und werden auch dem zweiten Antrag zustimmen. Es ist augenscheinlich, dass Stadt- und Gemeinderat hier nie auf eine sinnvolle Lösung kommen und jedweder Entscheid von der Gegenseite einfach bis zum Gehtnichtmehr bekämpft werden würde. Bei einem Volksentscheid traut sich das dann hoffentlich niemand mehr, egal in welche Richtung er geht. Denn bei dieser Grundsatzfrage geht es nicht nur um ein bisschen Verkehr auf einem Strassenabschnitt, sondern effektiv darum, unser Herz zu stärken. Und das geht nun mal alle etwas an. Ob dies nun mit Autos oder ohne Autos passieren wird, sollen die Frauenfelderinnen und Frauenfelder entscheiden. Die SP-Fraktion ist jedenfalls

davon überzeugt, dass wir mit einer autofreien Altstadt nicht nur die Aufenthaltsqualität steigern werden, nein auch das Gewerbe, welches mit Autos in der Altstadt nicht durchgehend am Florieren ist, hat einen neuen Impuls verdient. Sollte das Stimmvolk nicht wollen, können wir natürlich auch weitermachen wie bisher und uns am Anblick von Autos und leeren Ladenlokalen erfreuen. So oder so soll das Volk die Rahmenbedingungen in der Altstadt klären, wir freuen uns auf einen intensiven Abstimmungskampf.

Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im eigenen Namen: Ich habe mir speziell Zeit genommen, um mit Gewerbetreibenden zu sprechen. Dem Versuchsbetrieb Begegnungszone von 2015 bis 2016 haben diese zugestimmt, da ihnen versichert wurde, dass nach einem Jahr nochmals eine Beurteilung erfolgt und kein Automatismus für die Weiterführung besteht. Nach dem Versuchsbetrieb haben sich diese Gewerbetreibenden gegen die Weiterführung ausgesprochen, da die Umsatzrückgänge zu massiv ausgefallen sind. Jedoch die Stadt Frauenfeld gab bekannt, dass dieser Versuchsbetrieb generelle Zustimmung erhalten habe und somit die Weiterführung definitiv beschlossen wurde. Auf die aktuelle Botschaft angesprochen, haben mir die Gewerbetreibenden gesagt, dass sie jetzt das Resultat der Volksabstimmung 'Altstadt autofrei' abwarten werden, und wenn das Resultat ein Ja ergibt, den Gewerbebetrieb aufgeben werden. Zudem habe ich mich bei den Veränderungen, die unseren geplanten Veränderungen entsprechen, von Wil bis Zürich informiert und es hat leider ergeben, dass viele Gewerbetreibende ihre Geschäfte aufgegeben haben, da die Umsätze leider massiv eingebrochen sind. Diese Tendenz hat sich in unserer Altstadt auch schon seit Jahren abgezeichnet. Es haben ja in der Zwischenzeit ein Warenhaus, zwei Eisenwarenläden, ein Comestibles, eine Grossbuchhandlung, mehrere Bekleidungsfachgeschäfte, Metzgereien, Bäckereien, Restaurants und andere bereits ihren Geschäftsbetrieb aufgegeben oder verlegt. Einem grossen Wurf könnte ich ja zustimmen, der muss aber gleichzeitig erfolgen und nicht in kleinen Schritten. Denn niemand weiss, ob der nächste Schritt auch tatsächlich erfolgt. Somit kann ich dem Rahmenkredit nicht zustimmen, jedoch als sehr ausgeprägter Demokrat werde ich dem Antrag 2 zur Volksabstimmung zustimmen.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im eigenen Namen: Altstadt autofrei Ja oder Nein: Der Stadtrat könnte diese Frage ja auch ganz klar in seiner Kompetenz beantworten und entscheiden. Dazu braucht es Wille und Courage und vor allem das Wie. Ich habe aber das Gefühl, dass eben dieses Wie noch nicht wirklich so stark vorhanden ist und dass deshalb der Stadtrat nicht selber über diese Frage entscheiden möchte. Aber wie soll es denn das Volk können? Aus dem Bauch heraus? Den meist gar nicht betroffenen Stimmbürgern wird so eine Riesenverantwortung übertragen. Das Stimmvolk entscheidet mit dieser Frage letztendlich über ein Fortbestehen oder über das Eingehen von Geschäften und Arbeitsplätzen in der Altstadt. Es bleibt zu hoffen, dass sich nun alle Unternehmer, Immobilienbesitzer und Geschäfte in der Altstadt Gehör verschaffen und für ihre Anliegen kämpfen und sich nicht von denjenigen, welche es gar nicht betrifft, überstimmen lassen. Gehör verschaffen ist leider aber erst nach diesem für die Betroffenen wegweisenden Entscheid möglich. Das ist nicht fair. Wichtige Akteure in einer Meinungsbildung wie Gewerbevereine, IG Fit oder IG Vorstadt oder besser gesagt deren Mitglieder tun sich zudem immer schwerer, klare Statements abzugeben, obwohl sie das dürfen und auch sollten. Es liegt wohl an der Angst der Gewerbetreibenden, sich klar zu positionieren, zumal erst kürzlich einem Unternehmer in der Altstadt mit der Meidung des Ladenlokals gedroht wurde, als er seine Meinung über eine allfällige autofreie Altstadt öffentlich kundgab. Das ist nicht fair. Ich bin weiterhin für eine Begegnungszone, aber nicht für eine autofreie Zone und ich würde mir vom Stadtrat wünschen, dass er hinsteht und diese Frage selber entscheidet, verantwortet und auch begründet. Dafür haben wir einen Stadtrat gewählt. Zum Entscheiden. Ansonsten hoffe ich, dass das Volk eine autofreie Altstadt klar ablehnt.

Nun zum Zeitplan bezüglich der Abstimmung: Es ist toll, wenn man vorwärtsmacht und es ist richtig. Wir haben im Gemeinderat nun aber am 11. Februar 2022 die Meldung bekommen, Pro- und Contra-Argumente zu autofrei ja oder nein bis morgen, 24. Februar 2022 an die Stadtkanzlei zu senden, weil die Unterlagen in den Druck müssen. Es fliessen also nur die Parteimeinungen ein und nicht die Meinungen der Betroffenen. Das ist nicht fair und ein weiterer Grund,

weshalb ich den Antrag 2 ablehnen werde. Ich appelliere an die Betroffenen in der Altstadt und nicht an uns Politiker. Gehen Sie nicht links oder rechts, sondern gehen Sie nach vorne.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im eigenen Namen: Ich habe ein grosses Herz für autofreie Innenstädte. Wenn ich in einer Stadt frei flanieren kann, ohne mich um Autos zu kümmern, dann fühle ich mich wohl und da habe ich grosse Freude daran. Dennoch bin ich in der Diskussion, in der Fraktion und auch im Nachdenken dazu gekommen, dass es im jetzigen Zeitpunkt nicht weise wäre, für eine autofreie Innenstadt zu stimmen. Ich bin mir bewusst, wir stimmen heute nicht darüber ab, aber es wurde inhaltlich viel darüber gesagt, dass ich denke, dass es auch Platz hat, dass ich hier meine Meinung kundtue und sage, wieso ich zu dieser Meinung gekommen bin. Man darf ja auch einmal gegen sein Herz etwas gescheiter werden. Zwei Gründe führen zu dieser Meinung bei mir.

Das erste ist, dass eine Belebung der Innenstadt nur mit den Gewerbetreibenden und nicht gegen sie gelingen kann. Ob deine Umfrage, Kollege Kurt Sieber, so repräsentativ ist und wirklich alle betrifft, das würde ich zu bezweifeln wagen. Es hat sicher auch Gewerbetreibende, die Chancen in einer autofreien Innenstadt sehen. Aber auf jeden Fall scheint es deutlich, dass es ganz grosse Skepsis gibt bei verschiedenen Gewerbetreibenden, und die muss man gewinnen, denn ohne sie wird die Stadt nicht belebt werden. Wir brauchen sie unbedingt. Wenn wir sie durch eine Abstimmung verärgern und verjagen, ist niemandem geholfen, denn eine autofreie Innenstadt ohne Menschen, die sie besuchen, will ja niemand. Ich glaube, es ist wirklich wichtig, dass wir sie gewinnen und zum Gespräch mit ihnen kommen, und da erachte ich ein Ja für eine autofreie Innenstadt nicht als hilfreich.

Das zweite ist, dass die Begegnungszone ja sowieso kommt. Und es wird nicht so sein, dass es bleibt, wie es jetzt ist. Wenn wir zum Rahmenkredit Ja sagen und die Massnahmen anschauen, die da gerade auch für die Freie-Strasse darin enthalten sind, wird eine Veränderung kommen. Es wird eine Begegnungszone sein, die ausführlicher ist als jetzt, die mehr Möglichkeiten bietet, die kommt sowieso. Ich bin der Meinung, dass es dem Stadtrat mehr Freiraum geben wird, auch gute Lösungen mit den Gewerbetreibenden zu finden, wenn sie nicht gezwungen werden, jetzt autofrei zu machen. Ich bin auch nicht einverstanden mit dem Autor des Artikels in der Thurgauer Zeitung, dass bei einem Nein die autofreie Innenstadt für eine grössere Zeit vom Tisch ist. Nein, der Stadtrat hat die Möglichkeit, Schritte in diese Richtung zu unternehmen und wenn die Begegnungszone erfolgreich sein wird, wenn nämlich die Leute wirklich da sind, wenn mit den neuen Umgestaltungen Anlässe einfacher stattfinden, wird sich die Frage auch mehr und mehr erübrigen, weil die Autofahrer dann nämlich gar nicht mehr durchkommen, wenn es wirklich erfolgreich ist.

Das zu meiner Meinung jetzt. Ich bin offen, noch einmal die Diskussion zu führen und vielleicht ändert sich meine Meinung noch einmal, aber ich finde es wichtig, dass wir da wirklich mit den Gewerbetreibenden arbeiten und dem Stadtrat die Möglichkeit geben, gute Lösungen zu suchen und nicht jetzt gerade so radikal handeln zu müssen.

Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen: Ich beantrage Ihnen, Antrag 2 abzulehnen. Ich begründe das wie folgt:

Ich bin klar gegen ein Autofahrverbot im Stadtzentrum. Das Verbot ist nämlich nicht die Lösung irgendeines Problems, das Verbot wird selber zum Problem. Und zwar für meine Gewerblerkollegen, Detaillisten und Dienstleister. Das Autoverbot ist gewissermassen für mich ein Symbol für Ideologie. Es geht nicht darum, ob Detaillisten für autofrei sind oder nicht. Da bin ich anderer Meinung als mein Kollege Kurt Sieber. Es geht darum, dass die Kunden dieser Detaillisten eine autofreie Altstadt nicht akzeptieren und sie dann jemand anderen suchen, wo sie ihr Geschäft erledigen können. Andi Anderegg hat es in der letzten Frauenfelder Woche erwähnt, was es ausmachen kann. Da ist die Rede nur von Bäckermeister Godi Truniger als gutes Beispiel. Es gibt aber noch viele solche Beispiele, aber sie getrauen sich ja bald nichts mehr zu sagen, weil sie

Kunden verlieren könnten, egal auf welcher Seite sie sich äussern. Das ist kein guter Umstand für mich als Gewerbler, aber als Gewerbler, der Politik macht, weiss ich, wie viele Leute mir deshalb vielleicht einen Auftrag geben und wie viele Leute mir eben keinen Auftrag mehr geben, weil ich meine Meinung als Politiker sage. Sie können davon ausgehen, dass keiner – ich kenne keinen, es gibt wahrscheinlich auch keinen – zum Spass in die Altstadt fährt, einfach so. Und vor allem wenn man sie noch neu baut. Keiner wird freiwillig in die Altstadt fahren. Es gibt dann quasi nur noch Zielverkehr. Es ist schon so, dass nicht alle nur mit dem Auto in die Altstadt gehen wollen. Enkel wollen ihre Grosseltern beim Brillenladen oder beim Physiotherapeuten abladen oder man geht mit dem Rollator und ein Stück weit mit dem Auto. Und eine Bernina Nähmaschine ist halt doch nicht so handlich, als dass man sie zu Fuss bis zum nächsten Parkplatz tragen kann. Wenn die Autoverbotsfrage der sogenannte Richtungsentscheid für die letzten 40 Jahre Stadtplanung ist, müssen wir grundsätzlich über unsere Bücher. Seit 40 Jahren vertraut Frauenfeld externen Beratern, Hochschulen mit ihren Leuten, aber nicht den Leuten, die hier wohnen und arbeiten. Alle 10 Jahre erfinden Auswärtige etwas Neues für uns Frauenfelder, darunter war sogar einmal eine Waldstadt im Galgenholz oder ein Glasdach über der Altstadt etc., etc. Oder in einem Satz: Seit 40 Jahren drücken sich der Stadtrat und der Gemeinderat vor Entscheidungen. Wenn wir es nicht einmal schaffen, auf dieser kleinen Fläche der Altstadt klare Entscheidungen zu fällen in diesen zwei Räten, wie wollen wir denn Generationenprojekte wie Murgbogen, Stadtkaserne samt Markt Thurgau lösen? Aber vielleicht gehe ich auch von falschen Tatsachen aus. Vielleicht gibt es Leute, die Interesse haben, dass die lauten Geschäfte aus der Stadt hinausgehen, damit endlich ruhig gewohnt werden kann in der Stadt. Das gibt mehr Gewinn, weil es höhere Mieten gibt. Das ist auch ein Anliegen und das ist vielleicht auch der Gedanke von jemandem. Und ein Thema, das heute auch schon gebracht wurde: Es wird viel über andere Städte gesprochen. Sie wissen, ich bin bis nach Genf gelaufen, ich bin viel durch Altstädte gelaufen, auch durch autofreie Altstädte. Ich kenne nicht wirklich solche, die wirklich gut funktionieren. Es gibt solche, die funktionieren schlecht oder besser. Ich glaube nicht, dass es dann besser funktioniert. Gut gemacht hat es zum Beispiel Baden. Baden hat eine Umfahungsstrasse gebaut. Wer dort war, weiss das. Jänu, vielleicht ist es so, dass uns da Weinfeld etwas vormacht. Sie erinnern sich, ich habe den Namen heute schon einmal erwähnt. Es wäre schade für unsere Hauptstadt, aber vielleicht ist es dann halt so. Ich komme zum Schluss. Ich bin gegen das Autoverbot, ich bin aber für die 11.3 Mio. Franken für die Begegnungszone. Wenn wir die schlau umsetzen, und da habe ich schon gewisse Hoffnungen, dass wir das machen, bin ich der Meinung, ist das eine gute Chance für unsere Stadt und für die Einwohner. Es wurde schon erwähnt: Wenn wir es nur ein bisschen besser machen, als wir es bis jetzt gemacht haben, verbannen wir das Auto automatisch aus der Altstadt hinaus, weil es wirklich nicht lustig ist, durch eine Begegnungszone zu fahren. Es ist einfach so. Nehmen wir die Chance wahr, ich sage es nochmals, für meine Gewerblerkollegen, die Detaillisten.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Wir haben uns als Stadtrat zusammengerauft, Ihnen diese Botschaft so vorzulegen und uns in diese gemeinsam miteinander zu vertiefen. Und wir stehen jetzt da. Und ich danke dem Gemeinderat für die wohlwollenden Voten, aber auch für Ihre kritischen Voten, von denen können wir lernen, das ist immer gut. Und auch für das Vertrauen, das grossmehrheitlich aus den Voten zu hören ist. Ein grosser Dank auch den Mitarbeitern. Die Mitarbeiter wissen, wie viel Zeit es braucht, um so etwas zu machen, auf die Beine zu stellen mit dem Koordinationsplan. Der Koordinationsplan, der ganz wichtig ist, abgestützt mit dem Gesamtbild für das zukünftige Agglomerationsprogramm. Wir sind dabei, 2007 und 2011 zu erledigen und wollen ein neues Agglomerationsprogramm 5 eingeben. Das ist der Grundstein dazu, dass wir in Zukunft auch von Bern Bundesgelder beziehen können, wenn wir die Etappe 1 und 2 umsetzen. Dazu müssen wir als Stadtrat sorgen, die Bevölkerung und den Gemeinderat zu überzeugen, dass wir dahin kommen. Wir sind uns auch bewusst als Stadtrat, der Weg ist nicht zu Ende, es folgt die Volksabstimmung. Und es muss eine Information dazu geben und die Bevölkerung muss dazu informiert werden. Darauf sind wir vorbereitet, das werden wir auch durchziehen und wollen es durchziehen und als Gesamtgremium dastehen, nicht einfach nur der Stadtpräsident oder nur der Departementvorsteher. Das ist auch ganz wichtig zu wissen.

Die Flughöhe wurde erwähnt. Die Flughöhe ist hoch, das wissen wir. Und wir wissen auch, dass die Mitwirkung eine grosse Wichtigkeit hat, dass in Zukunft wieder so etwas mit einer so grossen Flughöhe gemacht werden kann, dass das Vertrauen, das der Gemeinderat dem Stadtrat gibt, auch wiedergegeben werden kann. Dafür danke ich Ihnen.

Gemeinderat Erné hat es erwähnt mit dem Steuerfuss. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das erwähnt haben, das sind fast meine Worte, die Sie da gebracht haben. Das ist so. Und der Bund wird die einzelnen Projekte prüfen, dementsprechend seine Beiträge sprechen. Der Kanton ist immer mit 50 % bei Kantonsstrassen dabei. Somit stellen sich dann auch auf der Seite 31 der Botschaft die Kosten zusammen, die einfach da so stehen. Aber dass man ein Bild hat, was es beinhaltet und um was es geht.

Gefordert wurde auch eine Stellungnahme des Stadtrats, wie er sich zur Altstadt stellt. Der Stadtrat wird keine Meinung abgeben. Er will das der Bevölkerung überlassen. Die Mitwirkung beim NRP-Projekt hat gezeigt, dass eine Pattsituation herrscht. Seit ich politisch aktiv bin, kenne ich eigentlich nur die Diskussion Altstadt autofrei oder nicht autofrei. Nun soll auch das Volk darüber entscheiden und dem Volk die Verantwortung gegeben werden. Denn das ist mehr als ein Jahrzehnt, worüber da gesprochen wird. Ich denke, es ist die richtige Geschichte. Die Gewerbetreibenden können sich dazu auch äussern. Ich kenne deren Bedenken, die sind auch schon auf mich zugekommen. Aber jetzt liegt es halt auch an der Mobilisierung, wenn das zur Abstimmung kommt, was man als Gesamtbevölkerung möchte. Auch da kann man zwei Meinungen haben. Es ist richtig oder falsch. Für den Stadtrat ist es richtig, dass die Bevölkerung darüber entscheidet. Und wir geben der Bevölkerung gern diese Verantwortung, wir trauen das der Bevölkerung auch zu, dass sie da ihre Entscheidung treffen wird.

Wenn Sie mich vor sechs Wochen gefragt hätten, wie lange ich zu dieser Debatte sprechen müsste, hätte ich Ihnen gesagt eine halbe Stunde. Jetzt kann ich nach etwa fünf Minuten sagen, ich muss nicht mehr so viel sagen dazu. Es wurde relativ viel gesagt. Das heisst, die Diskussion war intensiv, man konnte auch einiges noch dazu präzisieren und erklären. Ich danke Ihnen nochmals herzlich für das Vertrauen, das Sie hoffentlich jetzt dann aussprechen werden. Ich übergebe noch dem Stadtpräsidenten, denn der Stadtpräsident ist ja oberster Finanzchef. Und es ist ja ein gemeinsames Projekt, also soll er dazu auch noch sein Wort an euch richten können.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für Ihre Voten. Ich habe ja mehrere Hüte auf, Sie haben es gehört, weshalb ich in der GPK dabei war mit dem Hut als Vorsitzender des Agglomerationsausschusses, Lenkungsausschusses. Ich habe auch den Hut des Präsidenten der Regio Frauenfeld an. Die Regio Frauenfeld ist die Trägerin der Agglomeration und des Agglomerationsprogramms. Und der Agglomerationsausschuss der drei beteiligten Gemeinden und des Kantons mit Regierungsrätin Carmen Haag, wir führen das aus und wir verantworten das. Die Agglomerationsprogramme haben ihre schwierige Geschichte, Sie kennen sie. Sie wissen, dass wir Agglomerationsprogramm 1 und 2 bewilligt erhalten haben, Agglomerationsprogramm 3 nicht, auf Agglomerationsprogramm 4 verzichtet haben und die Idee ist, ein Agglomerationsprogramm 5 zu machen. Damit wir das können, müssen wir aber beim Umsetzungsstand von Agglomerationsprogramm 1 und 2 wirklich Nägel mit Köpfen machen. Wir müssen umsetzen, wir müssen das, was wir dort aufgestellt haben, auch zu Boden bringen. Wir haben in den letzten 20 Jahren sehr viel erarbeitet, sehr viel geplant, sehr viel investiert, das hat auch Kurt F. Sieber so gesagt. Wir haben viel investiert, das ist tatsächlich so und jetzt müssen wir es auch auf den Boden bringen. Der Rahmenkredit ist dafür da, dass wir vieles, was wir aufgestellt haben, jetzt auch umsetzen können. Sogar die Grundsatzfrage ist ein Teil dessen, auf den Boden zu bringen. Das haben die vergangenen 20, wenn nicht sogar 60 Jahre auch gezeigt. Je nachdem, wie man fragt, erhält man Antworten. Fragt man so, kriegt man Positives zu X, fragt man anders, kriegt man Negatives zu Y. Frage ich einen Gewerbetreibenden in der Altstadt, was er oder sie zur Begegnungszone meint, bekomme ich positive Antworten, fragt Sandro Erné oder Kurt F. Sieber, bekommen sie negative Antworten. Das hängt nicht nur an den Personen, sondern das hängt unter anderem auch an der Art, wie wir fragen. Das ist kein Vorwurf, sondern das ist ein-

fach eine Tatsache. Wir müssen jetzt die Frage ganz offen stellen. Wir stellen sie ganz offen, Anita Bernhard. Wir sagen als Stadtrat nicht, welche Präferenz wir in dieser Frage haben, sondern wir stellen sie ganz offen, damit wir eine Beantwortung von der Bevölkerung bekommen. Wenn wir diese Frage nicht stellen würden, selber den Entscheid fällen würden, wie das einige von Ihnen gesagt haben, auf Facebook sagten sie sogar, wir hätten die Eier nicht, das selber zu machen, da muss ich sagen: Ja, können wir. Aber wir sind sicher, dass dann später wieder eine Abstimmung folgt, sei es in die eine oder andere Richtung. Und diese Abstimmung macht wieder Planungsgelder zunichte und vielleicht wirft sie uns sogar wieder zwei Schritte zurück und für diese zwei Schritte zurück haben wir die Zeit nicht mehr, wenn wir die Gelder vom Bund abholen wollen. Wollen wir das? Die Frage ist richtig gestellt worden von Christa Zahnd. Wollen wir das? Müssen wir das? Ich denke, wir sind es allen, die Steuern bezahlen schuldig, das sind nicht nur die Stimmenden, sondern auch jene, die Steuern bezahlen, weil sie hier wohnen. Wir sind es ihnen schuldig, das Bestmögliche aus unserem Franken herauszuholen. Und das machen wir, wenn wir auch die Gelder des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds in die Waagschale werfen. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie das so aufgenommen haben, diese Frage auch grossmehrheitlich dem Stimmvolk vorlegen wollen und ganz wichtig: Danke auch für den Vorschuss an Vertrauen, den wir erhalten haben. Roland Wetli hat das sehr gut ausgeführt, wie gross dieser Vorschuss ist. Uns ist das bewusst. Es ist auch eine Verantwortung, die wir damit übertragen erhalten. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst und wir wollen diese so gut wie möglich auch umsetzen mit den Vorschlägen, die wir gehört haben, bezüglich wo es noch Kommunikationsbedarf hat. Das werden wir mitnehmen in die weitere Kommunikation. Mein Kollege Andreas Elliker hat das angedeutet, wir sind da bereits in Vorbereitung. Ganz herzlichen Dank für die Inputs. Und jetzt sind wir gespannt darauf, wie die Abstimmungen laufen und hoffen, dass wir diese Chance, die wir mit dem Rahmenkredit haben, packen können und sind gespannt, welchen Rahmen die Stimmbevölkerung uns gibt bezüglich autofrei oder Begegnungszone. Vielen Dank.

BESCHLUSSFASSUNG

Antrag 1 wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen angenommen.

Antrag 2 wird mit 34 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Der Antrag 1 untersteht gestützt auf Art. 8 Ziff. 5 der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum. Beide Vorlagen werden am 15. Mai 2022 dem Stimmvolk vorgelegt.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten und ich kann Ihnen bestätigen, dass heute die Narren im Saal noch nicht losgelassen wurden, sondern danke bestens.

Zwei Mitteilungen habe ich noch zum Schluss: Stefan Leuthold hat eine Einfache Anfrage gemäss Art. 45 des Geschäftsreglements eingereicht zum Thema «Transparente Information zu Liegenschaftskäufen in der Altstadt». Die zweite Mitteilung ist von Gemeinderat Michael Pöll. Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die in einem Komitee für eine autofreie Altstadt mitwirken möchten, können sich am Schluss der Sitzung bei Michael Pöll melden.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 23. März 2022 um 18 Uhr statt.

Mein Dank geht an Giuseppe D'Alelio und das Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen allen einen schönen restlichen Abend. Besten Dank und uf Wiederseh.

Schluss der Sitzung: 20:10 Uhr
